

WILLIAM ZIMMERMAN



# **RUSSLAND REGIEREN**

## **Von Lenin bis Putin**

Philipp von Zabern



WILLIAM ZIMMERMAN

# Russland regieren

## Von Lenin bis Putin

Aus dem Englischen von Claudia Kotte

Philipp von Zabern



Die englische Originalausgabe ist 2014 bei Princeton University Press unter dem Titel *Ruling Russia. Authoritarianism from the Revolution to Putin* erschienen.

Copyright © 2014 by Princeton University Press  
Published by Princeton University Press, 41 William Street, Princeton,  
New Jersey 08540  
In the United Kingdom: Princeton University Press, 6 Oxford Street,  
Woodstock, Oxfordshire OX20 1TW

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Der Philipp von Zabern Verlag ist ein Imprint der WBG.

© der deutschen Ausgabe 2015 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.

Lektorat: Melanie Heusel, Freiburg

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Einbandabbildung: Wladimir Putin 2004, © akg-images / RIA Nowosti

Einbandgestaltung: Stefan Schmid Design, Stuttgart

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: **[www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)**

ISBN 978-3-8053-4931-4

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-8053-4932-1

eBook (epub): 978-3-8053-4933-8

# Inhalt

|                                                                          |     |
|--------------------------------------------------------------------------|-----|
| Einleitung                                                               | 7   |
| 1 Vom demokratischen Zentralismus zum demokratischen <i>Zentralismus</i> | 19  |
| 2 Alternative Mobilisierungsstrategien, 1917–1934                        | 49  |
| 3 Vom kleinen Elektorat zur Autokratie                                   | 80  |
| 4 Der Große Terror                                                       | 106 |
| 5 Vom Totalitarismus zum Wohlfahrts-Autoritarismus                       | 134 |
| 6 Ungewissheit und „Demokratisierung“: Politik nach Breschnew, 1982–1991 | 169 |
| 7 Russland demokratisieren, 1991–1997                                    | 199 |
| 8 Die Rückkehr zur Gewissheit und der normale Autoritarismus, 1998–2008  | 223 |
| 9 Die Rückkehr der Ungewissheit? Der Wahlzyklus 2011/12                  | 269 |
| 10 Vergangenheit und Zukunft des russischen Autoritarismus               | 292 |
| 11 Nachwort zur deutschen Ausgabe                                        | 314 |

## Anhang

|                      |     |
|----------------------|-----|
| Dank                 | 322 |
| Anmerkungen          | 325 |
| Auswahlbibliographie | 381 |
| Register             | 391 |

## Einleitung

Dieses Buch geht auf einen Aufsatz zurück, den ich vor Jahren geschrieben habe.<sup>1</sup> Darin habe ich verschiedene Ansätze vorgeschlagen, um eine neue, fundiertere Antwort auf eine Frage zu geben, die politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und viele Menschen seit über 150 Jahren umtreibt: „War oder ist oder wird Russland je ein normales Land?“, wobei mit „normal“ gewöhnlich westlich-demokratisch gemeint ist.<sup>2</sup>

Der erste Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, erklärte 1994: „Wir [Russen] leben in einem normalen Land.“ Er war so entschlossen, diesen Anspruch geltend zu machen, dass er das erste Kapitel seines Buchs *Auf des Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten* mit „Ein Land wie alle anderen“ überschrieb.<sup>3</sup> Zehn Jahre später veröffentlichte der Harvard-Ökonom Andrei Shleifer ein Buch und eine Reihe von Aufsätzen, darunter einen Leitartikel in *Foreign Affairs* mit dem Titel „Ein normales Land“.<sup>4</sup> Darin vertritt er die These, dass das politische und wirtschaftliche System Russlands etwa dem entspreche, was von einem Land in seinem Entwicklungsstadium zu erwarten sei – ein Stadium, das die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) seinerzeit als Schwellenland auf mittlerem Niveau bezeichnete. Die Arbeiten von Andrei Shleifer und Daniel Treisman, Politikwissenschaftler an der University of California, Los Angeles, führten wiederum zu den kritischen Einschätzungen von Peter T. Lee-son und William N. Trumbull in *Post-Soviet Affairs* 2006 sowie zu meiner Bewertung 2007.<sup>5</sup>

Tatsächlich half mir die Frage, ob Russland ein normales Land sei, meine Überlegungen zur Entwicklung der russischen Politik zu strukturieren. Anhand statistischer Erhebungen habe ich die Russische Föderation mit anderen Staaten verglichen. Doch je weiter das Buch gedieh, umso mehr wurde mir klar, wie leicht die zahlreichen und unterschiedlichen Verwendungen des Begriffs „normal“ in die Irre führen.<sup>6</sup> Dementsprechend verwende ich den Begriff „Normalität“ nur dort, wo

er für die historische Entwicklung der politischen Systeme Russlands von 1917 bis 2013 relevant und erhellend ist.

Worauf aber spielen führende sowjetische und post-sowjetische russische Persönlichkeiten an, wenn sie sich auf „normale“ politische Systeme beziehen? Wie sich gezeigt hat, tat sich eine fundamentale Kluft auf, allerdings nicht etwa zwischen sowjetischen und post-sowjetischen Personen des öffentlichen Lebens in Russland. Vielmehr trennte diese Kluft jene, die mit „normal“ Stabilität, Sicherheit, das Fehlen von Wandel und oftmals die Einzigartigkeit Russlands meinten, von denen, für die „normal“ eine Entwicklung hin zu einem politischen System implizierte, das ganz oder in Teilen Systemen im Westen gleicht.

Stabilität, Sicherheit und der Erhalt des Status quo waren das, was Gennadi Janajew, Vizepräsident der UdSSR, während des gescheiterten Putsches gegen Michael Gorbatschow im August 1991 im Sinn hatte, als er von der Rückkehr zu einem Normalzustand sprach. Ähnliches schwebt auch Wladimir Putin vor, wenn er von „normal“ spricht, abgesehen von Ausnahmen etwa während der ersten zwei Jahre seiner Präsidentschaft. Zu denjenigen hingegen, die westliche politische Systeme im Sinn hatten, wenn sie von „normalen“ politischen Systemen sprachen, gehören so unterschiedliche Personen des öffentlichen Lebens wie Michael Gorbatschow, Boris Jelzin und der sehr präsente Blogger Alexej Nawalny.

Dennoch hat die Gleichsetzung von „normal“ mit westlichen Systemen führende russische Politiker nicht davon abgehalten, alles zu tun, um den ungewissen Ausgang von Wahlen, der ein zentraler Bestandteil der Wahlsysteme des Westens ist, möglichst zu vermeiden. Ganz im Gegenteil haben auch Gorbatschow und Jelzin ebenso wie Putin zu verschiedenen Tricks gegriffen, um Bedingungen herzustellen, die für autoritäre Systeme typisch sind und den Amtsinhaber „am Wahlabend ruhig schlafen“ lassen.<sup>7</sup> Dies ist einer der Gründe, warum die zu Beginn des 21. Jahrhunderts weit verbreitete optimistische Rede von Demokratisierung mit ihren teleologischen Konnotationen zehn Jahre später schon hohl klang. Russland zu diesem Zeitpunkt noch als demokratisches Land zu bezeichnen, war kaum mehr angebracht, wie am Rückwärtstrend bei den Präsidentschaftswahlen von 2000, 2004 und 2008 abzulesen ist.

Wie wir sehen werden, war es für Gorbatschow leicht, die Niederlage anderer Parteifunktionäre bei allgemeinen Wahlen als „normales“ Vor-

kommiss zu behandeln, nicht jedoch seine eigene. Er selbst wurde nicht von der Gesamtheit der Sowjetbürger, sondern vom Kongress der Volksdeputierten zum Präsidenten gewählt. Um zum Präsidenten gewählt zu werden, musste er die absolute Mehrheit der Kongressmitglieder auf sich vereinen. Ohne Gegenkandidaten erhielt Gorbatschow weniger als sechzig Prozent der abgegebenen Stimmen. Wäre die Sowjetunion nicht 1991 zusammengebrochen, hätte er sich 1995 zur Wahl stellen müssen, um im Amt zu bleiben.

Jelzin brach sein Versprechen, frühe Präsidentschaftswahlen abzuhalten. Er stand kurz davor, die Wahlen 1996 abzusagen, als ihn zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und andere – insbesondere seine Tochter und der Ökonom Anatoli Tschubais – vom Gegenteil überzeugten.

Putin wiederum gelang es, die verfassungsgemäße Obergrenze von zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden auszuhebeln, indem er Dmitri Medwedew 2008 zu seinem Nachfolger im Amt ernannte und selbst Ministerpräsident wurde. Somit war an den Präsidentschaftswahlen 2008 ein „Elektorat“ beteiligt, das lediglich aus ein oder höchstens zwei Personen bestand: aus Putin und Medwedew.

In Anlehnung an Philip Roeder verwende ich auch im Weiteren den Begriff „Elektorat“, um den Personenkreis zu bezeichnen, der die politische Führung bzw. den Machthaber durch festgelegte Verfahren wählt und absetzt.<sup>8</sup> Diejenigen, welche die Macht besitzen, durch nichtgesetzliche Maßnahmen wie Kundgebungen und Staatsstreiche die Regierung abzusetzen, bezeichne ich als „Ejektorat“.<sup>9</sup>

Putins Entscheidung, sich selbst 2012 erneut zum Präsidenten zu wählen und Medwedew zum Ministerpräsidenten zu machen, stieß bei einem Teil der russischen Bürger, insbesondere bei den Moskauern, auf massiven Widerstand. So vehement widersetzte sich die breite Bevölkerung, dass Putin ungefähr einen Monat vor der Wahl im März 2012 einräumte, ihm stehe trotz der Schwäche der Gegenkandidaten möglicherweise eine Stichwahl bevor.

Diese Möglichkeit einer Stichwahl im März 2012 brachte zwei Dinge ans Licht, auf die ich im Laufe des Buches zurückkommen werde. Sie verdeutlicht, wie wenig linear sich die russische Politik von 1917 bis 2013 entwickelt hat: Der Zusammenbruch der Sowjetunion verleitete Autoren zunächst dazu, den Begriff „Demokratisierung“ teleologisch zu konnotieren, nur um später der umgekehrten Versuchung nachzuge-

ben und nach dem demokratischen Rückwärtstrend bei den Präsidentschaftswahlen von 2000, 2004 und 2008 darauf zu schließen, dass die Wahl 2012 noch weniger offen und kompetitiv sein würde als die vorangegangenen.

Um solche Fehlschlüsse zu vermeiden, ist es wichtig, die immanenten Unterschiede des sowjetischen Systems und die entsprechenden immanenten Unterschiede des post-sowjetischen Systems Russlands im Blick zu behalten.<sup>10</sup> Dieses Ziel verfolgt auch die Typologie (Tabelle I.1), welche die Dreiteilung von Steven Levitsky und Lucan Way weiterentwickelt.<sup>11</sup> In ihrer Analyse verschiedener Regierungsformen seit dem Kalten Krieg unterscheiden diese Autoren zwischen demokratischen, kompetitiv autoritären und solchen Systemen, die sie als „voll autoritär“ bezeichnen; diese drei differenzieren sie anhand des Status von demokratischen Kerninstitutionen, des Status der Opposition und offener Wahlen.

Ich habe eine vierte Spalte mit der Bezeichnung „totalitär mobilisierend“<sup>12</sup> hinzugefügt. Mit „mobilisieren“ meine ich grundsätzlich das Ausüben von Druck, um Menschen für Ziele eines Regimes einzuspannen, die sie ansonsten nicht freiwillig verfolgt hätten.<sup>13</sup> Diese vierte Spalte erlaubt mir, jene autoritären Systeme mit transformativen Zielen zu berücksichtigen, die weitaus vollständiger autoritär waren als Levitskys und Ways „voll autoritäre“ Systeme. Letztere bezeichne ich mitunter einfach als normale autoritäre Systeme. Hinzugefügt habe ich außerdem zwei Zeilen, wobei eine der Größe des Elektorats – und der Möglichkeit eines Ejektorats – Rechnung trägt, die andere den übergeordneten Zielen des Regimes.

Bei der Konzeption der vierten Spalte habe ich mich stark an Zbigniew K. Brzezinskis *Ideology and Power in Soviet Politics*<sup>14</sup> sowie meine früheren Arbeiten zu Mobilisierungssystemen angelehnt.<sup>15</sup> Totalitär mobilisierende Systeme sind solche, in denen das Regime überwunden hat, was Brzezinski als „die natürlichen Hemmnisse“ bezeichnet; hierunter fallen etwa „Verwandtschaftsstrukturen und insbesondere die primäre soziale Einheit, die Familie“<sup>16</sup> sowie der Großgesellschaften eigene Pluralismus,<sup>17</sup> sowie natürlich die Kerninstitutionen der Demokratie, wobei Letztere entweder nicht vorhanden sind oder lediglich als Fassade dienen.

Die Bürger voll autoritärer Systeme sind nicht nur Repressionen ausgesetzt, sondern sie nehmen auch extranationale Informationsquellen aufmerksam wahr. Regime passen ihre Ziele und Politik den Realitäten

|                                                                                                    | I. demokratisch                                                                                                                                          | II. kompetitiv autoritär                                                                                                                                 | III. voll autoritär                                                                                                                            | IV. totalitär mobilisierend                                                                                                                                                                                         |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Status der demokratischen Kerninstitutionen (direkte Einschränkungen / Rechtsstaatlichkeit) Wahlen | systematisch anerkannt                                                                                                                                   | existieren, werden jedoch systematisch zugunsten des Amtsinhabers verletzt                                                                               | nicht vorhanden oder auf den Status einer Fassade reduziert                                                                                    | Status einer Fassade oder nicht vorhanden                                                                                                                                                                           |
| Status der Opposition                                                                              | konkurriert mehr oder weniger gleichberechtigt mit dem Amtsinhaber                                                                                       | rechtlich besteht eine größere Opposition, die jedoch durch den Missbrauch des Amtsinhabers erheblich benachteiligt wird                                 | größere Opposition verboten bzw. weitgehend im Exil oder Untergrund                                                                            | größere Opposition verboten, Parteien pro forma oder im Exil bzw. Untergrund                                                                                                                                        |
| Grad der Offenheit eines Wahlausgangs                                                              | hoch                                                                                                                                                     | niedriger als in einer Demokratie, höher als in einem voll autoritären Regime                                                                            | niedrig                                                                                                                                        | nicht gegeben                                                                                                                                                                                                       |
| Größe des Elektorats, Möglichkeit eines erfolgreichen Ejektorats                                   | weitgehend allgemeines Erwachsenenwahlrecht; Ejektorat selten                                                                                            | weitgehend allgemeines Erwachsenenwahlrecht; Ejektorat möglich                                                                                           | wenige Wähler wählen tatsächlich; Ejektorat unwahrscheinlich                                                                                   | (max.) eine Handvoll Personen wählen tatsächlich; Ejektorat sehr unwahrscheinlich                                                                                                                                   |
| Ziele des Regimes                                                                                  | internationale und nationale Sicherheit; weitgehend offen gegenüber Einfluss von außen; passt seine Politik an die Komplexität von Großgesellschaften an | internationale und nationale Sicherheit; weitgehend offen gegenüber Einfluss von außen; passt seine Politik an die Komplexität von Großgesellschaften an | internationale und nationale Sicherheit; wehrt sich gegen Einfluss von außen; passt seine Politik an die Komplexität von Großgesellschaften an | international <i>und</i> national umgestaltend; wehrt sich strikt gegen Einfluss von außen; will die wichtigsten Sozialisationsinstanzen (wie etwa Familie) sowie den Pluralismus von Großgesellschaften überwinden |

Tabelle I.1<sup>18</sup>. Regimevergleiche: demokratisch, kompetitiv autoritär, voll autoritär und totalitär mobilisierend

von Großgesellschaften, traditionellen Gepflogenheiten und zentralen Werten ihrer Bürger und den Gefahren an, die sie in extranationalen Einflüssen sehen. Totalitäre Systeme wehren sich hartnäckig gegen Einflüsse von außen, indem sie eine autarke Wirtschaftspolitik verfolgen, Menschen mit Verbindungen ins Ausland unterdrücken und entschlossen versuchen, Denken und Verhalten ihrer Bürger zu verändern, anstatt an zentrale Werte der Bürger zu appellieren.

Zwar unterscheidet Tabelle I.1 solche klar abgegrenzten Regime-typen, doch die Realität russischer Politik folgt nicht immer in allen Aspekten einem einzigen Typus. Folglich verlangt dieses formalisierte System nach einer gewissen Flexibilität. In manchen Fällen ist die Zuordnung leicht. Die Sowjetunion von 1937 bis 1938 war eindeutig totalitär und das Russland im Jahr 2008 illustrierte offenkundig, was Levitsky und Way als vollen Autoritarismus bezeichnen. Zu anderen Zeiten sind die Sowjetunion und Russland schwieriger einzuordnen, etwa weil wir ihnen in jenen Jahren aus der Rückschau Merkmale zuschreiben, die sie erst später entwickelten, oder weil sie in den meisten, aber nicht in allen Aspekten einem Typ entsprachen, oder weil sie an der Schwelle zwischen zwei Typen standen, etwa zwischen kompetitivem Autoritarismus und normalem Autoritarismus oder zwischen kompetitivem Autoritarismus und Demokratie. Das hier verwendete Schema liefert nichtsdestotrotz eine Methode, eine komplexe und sich kontinuierlich entwickelnde Geschichte zu strukturieren.

Anhand dieser Kriterien lässt sich nicht beweisen, dass das sowjetische System von Anfang bis Ende totalitär gewesen sei.<sup>19</sup> Mein Ansatz unterscheidet sich jedoch auch von dem vieler anderer, die in den 1960er- und 1970er-Jahren den Totalitarismus an sich in Frage stellten.<sup>20</sup> Sie hätten sagen sollen, dass die Sowjetunion zu der Zeit, über die sie schrieben, nicht totalitär, sondern vielmehr autoritär gewesen ist. Das allerdings hätte ein Differenzieren erfordert zwischen der Sowjetunion um 1970 und den schrecklichen Jahren 1937 und 1938, in denen das sowjetische System am ehesten als totalitär zu bezeichnen war. Ebenso hätte es erfordert, der glänzenden Forschung zu den Jahren 1937 und 1938 einer Handvoll westlicher und russischer Wissenschaftler (wie Terry Martin, Sheila Fitzpatrick, Peter Solomon und Oleg Khlevniuk)<sup>21</sup> Rechnung zu tragen, deren Recherchen in den Sowjetarchiven die Merkmale des stalinistischen Totalitarismus dokumentiert haben – die Atomisierung und Hypermobilisierung der Ge-

sellschaft, die Tiefen des Terrors und das Fehlen von Normen innerhalb der Elite.

Im Laufe der Zeit nahmen diese Merkmale des stalinistischen Totalitarismus allmählich ab. Es entstanden Bereiche der Privatsphäre, der tatsächliche Terror schwächte sich ab (die Bedrohung blieb bestehen), die Zwangsmobilisierung der Gesellschaft ließ nach, innerhalb der Elite entwickelten sich bescheidene, jedoch signifikante Normen. Das totalitär mobilisierende System entwickelte sich schrittweise zu einem konventionelleren (sprich: „vollen“ oder „normalen“) Autoritarismus, weshalb zwei sowjetische Systeme zu unterscheiden sind.

Ebenso schwer haben sich westliche und russische Wissenschaftler damit getan, die postkommunistischen politischen Systeme Russlands zu charakterisieren. So gibt es beispielsweise eine Fülle von Termini für die Mischformen von Demokratie und Diktatur, welche die Russische Föderation um 1996 beschreiben sollen – kompetitiver Autoritarismus (Levitsky und Way)<sup>22</sup>, Wahldemokratie (Michael McFaul<sup>23</sup> in Anlehnung an Adam Przeworski) bzw. ein „teilweise freies“ Land (Freedom House). Die meisten westlichen Experten schlossen sich jedoch der Aussage von Levitsky und Way an, „das Regime Anfang und Mitte der 1990er-Jahre [sei] relativ offen“ gewesen mit „äußerst kompetitiven Wahlen“, einer „Legislative[, die] eine erhebliche Macht ausübte, und privaten Massenmedien ..., [die] Jelzin regelmäßig kritisierten und eine Plattform für die Opposition darstellten“.<sup>24</sup>

Zugleich würden wenige Wissenschaftler die immanenten Veränderungen des politischen Systems Russlands in den rund zwölf Jahren nach den Wahlen 1996 bestreiten. In dieser Zeit rückte man ab von dem, was einmal ein kompetitives System – mit all seinen Schwächen – gewesen war. Stattdessen wurden die Präsidentschaftswahlen in der Zeit nach dem Wahlsieg Jelzins 1996 und dem Jahr 2008, als Dmitri Medwedew zu Putins Nachfolger als Präsident erkoren wurde, immer weniger offen, immer weniger kompetitiv und immer bedeutungsloser. Diese Unterschiede traten um 2010 noch deutlicher hervor, als maßgebliche westliche und russische Wissenschaftler Aufsätze mit Titeln wie „Die Sowjetisierung der russischen Politik“<sup>25</sup> publizierten. Gerald Easters These, Russland habe sich im Jahr 2008 zu „einem normalen Polizeistaat“<sup>26</sup> entwickelt, war übertrieben. Grigori Golossow lag jedoch nicht falsch, als er die Ernennung von Dmitri Medwedew 2008 zum Nachfolger von Wladimir Putin als „wahlähnliches Ereignis“ beschrieb. Dies

war ein wichtiger Grund dafür, weshalb von den 35 Staaten, die Levitsky und Way zwischen 1990 und 1995 als kompetitiv autoritär einordneten, Russland und Weißrussland die beiden Länder waren, die 2008 als „voll autoritär“ eingestuft wurden.<sup>27</sup>

#### Zum Aufbau dieses Buches

Im *ersten Kapitel* beschreibe ich die Entscheidungsfindung der Elite in den drei, vier Jahren unmittelbar nach der Oktoberrevolution, die mit geregelten Abstimmungen innerhalb eines kleinen Elektorats einherging und somit nur wenig mit der hohen sowjetischen Politik der Stalinzeit gemein hatte. Diese Einhaltung von Verfahrensnormen fand vor dem Hintergrund der Unterdrückung nicht-bolschewistischer Parteien statt und löste sich kontinuierlich auf. Was blieb, waren die Institutionen, die in den frühen Jahren nach der Revolution gegründet worden waren und die den stetigen Rückgang des Elektorats in so hohem Maße beförderten, dass mit einigem Recht behauptet werden kann, Stalin selbst habe von der Mitte der 1930er-Jahre an bis zu seinem Tod 1953 in seiner Person das Elektorat dargestellt.

*Kapitel 2* schildert erfolgreiche und erfolglose Versuche, die Sowjetbürger in den Jahren zwischen der Oktoberrevolution und dem Zweiten Weltkrieg zu mobilisieren. Was die Beziehungen zwischen Regime und Gesellschaft angeht, so kündigten die anfänglichen Anstrengungen während des Kriegskommunismus und des Bürgerkriegs die schlimmsten Jahre der stalinistischen Herrschaft an und verdeutlichten, inwieweit sich Russland über weite Strecken der Sowjetzeit von dem unterschied, was wir gemeinhin als traditionelle autoritäre Staaten bezeichnen, nämlich Diktaturen, die einen Status quo zementieren. Zu verschiedenen Zeitpunkten in jener Ära verfolgte die russische Führung, anders als traditionelle autoritäre Staaten, transformative Ziele, für die sie ihre Bürger erfolgreich zwangsmobilisierte. Wie wir sehen werden, war das während der Sowjetzeit nicht immer der Fall: Die Geschichte des Zusammenbruchs der Sowjetunion ist über weite Strecken eine von der zunehmenden Unfähigkeit des Regimes, die Bürger für seine Zwecke zu mobilisieren.<sup>28</sup>

*Kapitel 3* beschreibt den steten Verfall der entscheidenden Parteiorgane, des Zentralkomitees und der Parteitage nach dem X. Parteitag 1921. Ungefähr zehn Jahre später, Anfang der 1930er-Jahre, waren Parteitage wie Zentralkomitee bestenfalls auf Elektorats-Status reduziert, das zentrale Entscheidungsgremium war das Politbüro. Wie *Kapitel 4*

zeigt, hatte dann ab der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre auch die Unterscheidung zwischen Parteimitgliedern, ja sogar zwischen Mitgliedern des Politbüros und der sowjetischen Bevölkerung allgemein jegliche Bedeutung verloren. Es gab praktisch keine Bürger mehr in dem Sinn, wie etwa Bueno de Mesquita den Begriff verwendet. Mit Ausnahme Stalins und einer Handvoll seiner engsten Berater wie Alexander Poskrjabschew („Stalins treuer Schildträger“) waren alle zu Einwohnern ohne politische Rechte geworden.<sup>29</sup>

*Kapitel 4* konzentriert sich auf die tiefgreifenden Umwälzungen der 1930er-Jahre, die einhergingen mit der Massenmobilisierung der Bürger und dem systematischen Terror gegen Altbolschewiki, Bauern, Geistliche, Nationalitäten mit Bevölkerungsgruppen in und außerhalb der Sowjetunion und somit auch gegen Menschen mit Auslandserfahrung oder zumindest vergleichsweise häufigem Kontakt zu Ausländern.

*Kapitel 5* beschreibt die gesellschaftlichen Umwälzungen um 1937, als die Politik einer Elite kaum mehr existierte, als im Grunde Stalin allein das Elektorat bildete und die Mobilisierung der Bürger zu Friedenszeiten am ausgeprägtesten war. Zu dieser Zeit stellten sich die gesellschaftlichen Umwälzungen und die von Stalin vorgegebenen Ziele als kontraproduktiv heraus. Um den sowjetischen Staat und die Bindung der Bürger an diesen Staat zu stärken, ergriff Stalin Maßnahmen, die den tatsächlichen Einsatz von Terror reduzieren und das politische System berechenbarer machen sollten. So kam ein Prozess in Gang, der letztlich zur Stagnation der Breschnew-Ära führte – ein Phänomen, das durch die nachlassende Fähigkeit des Regimes, seine Bürger wirksam zu mobilisieren, durch wachsende Manifestationen von Gruppenartikulationen und feine, aber substanziell wichtige Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Elite gekennzeichnet war.

Darüber hinaus behandelt *Kapitel 5* die Zeit nach Stalin, in der unter Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew ein kleines Elektorat politisch wiederauflebte, sich bescheidene Normen innerhalb der Elite entwickelten und die Fähigkeit des Regimes, die Sowjetbürger zu mobilisieren, merklich zurückging. Ohne den systematischen Gebrauch von Terror, ohne den großen Gesellschaftsentwurf, der vor allem für die Ära Stalins kennzeichnend war (teilweise auch für die Ära Chruschtschow), entsprachen die Beziehungen zwischen Regime und Gesellschaft sowie die Interaktionen innerhalb der Elite im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts zunehmend denen eines normalen autoritären Systems.

*Kapitel 6* beschreibt Gorbatschow als systemverändernden politischen Führer.<sup>30</sup> Es schildert seine Bemühungen, die Vorbedingungen für ein System mit allgemeinem Wahlrecht zu schaffen, das die für Demokratisierung (und offene Wahlen) charakteristische Ungewissheit mit sich brachte. Seine eigene Macht sicherte Gorbatschow jedoch so lange ab – und dies ist ein typisches Merkmal von Autoritarismus –, bis es ihm gelungen war, die sowjetische Politik umzugestalten, bis Putschisten ihn erfolglos abzusetzen versucht hatten und bis Jelzin sich als dominante politische Kraft in der russischen Politik erwies.

*Kapitel 7* schließt sich der Auffassung von Levitsky und Way an, dass die Wahl 1996 nicht demokratisch war. So kompetitiv sie auch war, war sie doch nicht der Meilenstein, der auf weitere Demokratisierung hoffen lassen durfte. Vielmehr war die in *Kapitel 8* beschriebene Entwicklung bis 2011 eine Bewegung in die umgekehrte Richtung, die in einer Wahl-Farce gipfelte, welche 2008 die „Salbung“ Dmitri Medwedews zum Präsidenten bestätigte.

*Kapitel 9* beschreibt die Entwicklungen, die mit dem Wahlzyklus 2011/12 einhergingen. Erneut kündigten Putin und Medwedew im September 2011 an, dass einer von ihnen für das Amt des Präsidenten kandidieren werde, während der andere Ministerpräsident werden würde. Diesmal würden sie jedoch ihre Rollen tauschen. Die Wahlen zur Duma im Dezember fielen indes anders aus als erwartet. Die offizielle Anzahl der Stimmen für das *Einige Russland* lag unter fünfzig Prozent, deutlich unter der Zahl, die für eine Verfassungsänderung erforderlich war. Es folgten Großkundgebungen, auf denen gegen Wahlfälschung demonstriert und gegen Putins Präsidentschaftskandidatur agitiert wurde; Wahlreformen schlossen sich an. Ungefähr einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen im März herrschte jene Ungewissheit, die mit demokratischen und kompetitiv autoritären Systemen einhergeht, und es war fraglich, ob Putin in der ersten Runde eine Mehrheit erhalten würde. Der Kreml mobilisierte jedoch erfolgreich enorme Ressourcen, um zu vermeiden, dass sich die Erfahrung von *Einiges Russland* vom Dezember 2011 wiederholte – mit dem Ergebnis, dass Putin im März 2012 in der ersten Runde gewählt wurde. In den darauffolgenden Monaten leiteten Putin und die Mehrheit in der Duma systematisch Schritte ein, um sicherzustellen, dass sich Anti-Putin-Kundgebungen von der Art und Größe der Proteste vor der Wahl nicht wiederholen würden.

Abschließend knüpfe ich an das klare Verständnis vieler Russen, insbesondere der Moskauer, sowie an das von Michael Gorbatschow und Boris Jelzin an, das sowjetische System sei nicht „normal“. Während die Fähigkeit des Systems, die Gesellschaft zu mobilisieren, an Wirksamkeit verlor, deutete alles oben Genannte auf den Wunsch hin, „normal“ zu leben, *zhit' normalno*. Übersetzt bedeutete dieser Ausdruck im Allgemeinen „wie ein Europäer leben“, letztlich europäische Institutionen zu übernehmen. Trotz dieser Bestrebungen bleibt im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts offen, ob sich die breite Masse der Bevölkerung nach kurzer Berührung mit echter Teilhabe als „Bürger“ oder doch nur als „Einwohner“ erweisen wird.

Der drastische Rückwärtstrend der Präsidentschaftswahlen 2000, 2004 und 2008 hatte sich im Wahlzyklus 2011/12 eher umgekehrt. Jenem Zyklus fehlten die Merkmale eines voll autoritären Systems, die der Wahlzyklus 2008 noch gezeigt hatte, auch wenn er einige Ähnlichkeit mit einem modernen Gegenstück zum sowjetischen System mit seinem „zirkulären Machtfluss“<sup>31</sup> aufwies, nämlich einem Ein-Mann-Elektorat begleitet vom Jubel einer kleinen, aber wachsenden Gruppe im Hintergrund.

Der Wahlzyklus 2011/12 war nicht demokratisch, da er weder Schumpeter'schen Kriterien – weitgehend freie Presse, Diskussionsfreiheit, alle ernsthaften Kandidaten treten gegeneinander an – entsprach noch den Kriterien von Levitsky und Way – eine Opposition, die mehr oder weniger auf Augenhöhe mit einem Amtsinhaber konkurriert, wobei Letzterer mit hoher Unsicherheit agiert.<sup>32</sup>

Wie sieht es auf längere Sicht aus? Dass die Politik Russlands im 21. Jahrhundert weniger offen ist, ist augenscheinlich. Der Protest als Reaktion auf Putins „Rochade“ 2011 änderte für einen kurzen Augenblick das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Öffentlichkeit. Die Faktoren, die auf ein demokratischeres Ergebnis hindeuten sollten, liegen relativ klar auf der Hand und werden im Schlussteil ausführlicher erörtert. Es schien denkbar, dass das Regime die Mittelschicht in Städten außerhalb von Moskau davon überzeugen könnte, die nach Putins Amtseinführung im Mai 2012 erlassenen angeblich drakonischen Gesetze seien nur Schau gewesen und könnten getrost ignoriert werden. Drei Jahre nach Putins Amtseinführung scheint dies nicht der Fall zu sein. Und doch kann das Regime sich in letzter Konsequenz selbst abschaffen, indem es

Massenproteste anzettelt und die Elite über Themen spaltet, die viele als moralische Fragen wahrnehmen.

Die Opposition könnte sich ebenfalls selbst abschaffen. Die Wahl zur Duma im Dezember 2011 war insofern bemerkenswert, als es vielen Menschen möglich war, durch die Wahl einer anderen zugelassenen Partei gegen Putins *Einiges Russland* zu stimmen, anstatt sich nur zu enthalten oder den Stimmzettel zu vernichten. Solch ein strategisches Wählen wird Putin wahrscheinlich nicht oft ermöglichen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen ist die Wahrscheinlichkeit einer geeinten Opposition gering, es sei denn, sie wählte ihre Schlachten sorgfältig aus. Die Opposition hat bewiesen, dass sie klug und hartnäckig sein kann. Im Nachgang zu den Wahlen 2012 übte der renommierte Schriftsteller Boris Akunin sein verfassungsmäßiges Recht auf einen Kontrollspaziergang aus. Der bekannte Blogger Alexej Nawalny wurde (wenn auch nur kurz) Vorstandsmitglied von Aeroflot;<sup>33</sup> sein Sponsor, der Banker Alexander Lebedew, kündigte an, er wolle eine Kreditkarte herausgeben,<sup>34</sup> die Nawalnys Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung finanzieren sollte (was er dann wieder verwarf); die erste Karte wolle er Putin überreichen. Der Herausgeber der *Nowaja Gaseta*, Dmitri Muratow, verlangte und bekam eine Entschuldigung vom Leiter des Untersuchungsdienstes, Alexander Bastrykin, der Sergej Sokolow, einen Mitarbeiter der Zeitung, mit dem Tod bedroht hatte.

Aber – und das ist ein großes Aber – der Kreml wird wahrscheinlich die Kontrolle über drei wichtige Ressourcen behalten: die diversen bewaffneten Einheiten, die Medien und die Menschen, die sich aus Furcht um ihre Arbeit oder Sozialhilfe zwangsmobilisieren lassen. Sollte es einen politischen Führer geben, der einen echten Mittelpunkt darstellt und es vermag, die Menschen auf der Straße, einen Teil der gespaltenen Elite, einige entscheidende gesellschaftliche Gruppierungen und die städtische Mittelschicht Moskaus zu einen – eine Mischung etwa aus älteren Menschen, der Arbeiterklasse oder sogar der städtischen Mittelschicht der elf<sup>35</sup> Städte außerhalb von Moskau mit einer Bevölkerung von einer Million oder mehr –, sollte dieser Oppositionelle kurzum in der Lage sein, eine Oppositionspartei auf die Beine zu stellen, dann könnte es ihm oder ihr irgendwann bis zu oder bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gelingen, Putin aus dem Amt zu drängen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich diejenigen mit den meisten Ressourcen durchsetzen werden und dass erneut Putin gewinnt.

## 1. Vom demokratischen Zentralismus zum demokratischen *Zentralismus*

Die Bolschewiki übernahmen im Herbst 1917 erfolgreich die Macht. Wie viel Unterstützung sie dabei erhielten, ist unter Historikern stark umstritten, wobei nicht alle Argumente bei diesem Grabenkampf als rational zu bezeichnen sind.<sup>1</sup> Unstrittig ist hingegen, dass ein „bolschewistischer Coup d'Etat“ die Existenz eines Staats voraussetzt. Wenn Spötter entgegen, es habe ja gar keinen Staat gegeben, gegen den ein Streich zu führen gewesen wäre, so bringen sie die Sache auf den Punkt. Die wichtigsten Institutionen der gesamten Sowjetzeit gingen aus dem vierjährigen institutionellen Vakuum von Oktober 1917 bis zum X. Parteitag im März 1921 hervor, als das innerparteiliche Fraktionsverbot und die Neue Ökonomische Politik (NÖP) verabschiedet wurden.

Bei der Lektüre dieses Kapitels sind zwei Dinge im Hinterkopf zu behalten. Erstens war die hier behandelte Ära anfangs gekennzeichnet von einer offeneren Politik und einer stärkeren Bemühung um geregelte Abstimmungen innerhalb eines kleinen Elektorats als zu irgendeiner anderen Zeit zwischen März 1921 und Michael Gorbatschows Amtszeit als Generalsekretär der KPdSU Ende der 1980er-Jahre. Zweitens ist die Geschichte der vier Jahre nach der Machtergreifung auch die eines sich kontinuierlich verkleinernden Elektorats, wobei der Staat zunehmend autoritär wurde.

Die Parteichefs negierten Verfahrensnormen immer mehr, geregelte Abstimmungen blieben jedoch ein wichtiger Aspekt der Entscheidungsprozesse. Das sollte sich im Folgenden erheblich verschlechtern. (Die ungeheure Gewalt, welche die Beziehungen zwischen Regime und Gesellschaft während des Kriegskommunismus prägte, wird zu Beginn des zweiten Kapitels geschildert werden; neben den Interventionen verschiedenster ausländischer Staaten, so die zentrale These, gab es nicht nur einen Bürgerkrieg zwischen den Weißen und den Roten, sondern auch einen mindestens genauso gewalttätigen Bürgerkrieg zwischen den Roten und den Grünen.<sup>2</sup>)

Die bei Weitem offenste Wahl in der russischen Politik vor der Ära Gorbatschow war eine unmittelbar nach der Machtergreifung der Bolschewiki. Gemeint ist die Wahl zur Konstituierenden Versammlung. Es war eine „fundamental freie Wahl, an der durchaus organisierte und stark voneinander abweichende Parteien auf der Basis des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts teilnahmen“.<sup>3</sup> In einem überwiegend bäuerlichen Land ist es nicht verwunderlich, dass die *Sozialrevolutionäre* (SR), eine dezidiert bauernfreundliche Partei, mit großer Mehrheit gewannen. Die Bolschewiki schnitten als zweitstärkste Fraktion ab, weit vor den anderen Parteien, aber deutlich hinter den SR.

In den strategisch wichtigen Städten sind zwei Trends bei den Abstimmungen auszumachen. Erstens polarisierten sich die Städte zwischen Juni und Dezember 1917 zunehmend. Die Wähler stellten sich entweder auf die Seite der Bolschewiki oder auf die der *Konstitutionellen Demokraten* (daher die Abkürzung „Kadety“), der stärksten „bürgerlich-liberalen“ Partei, die sich für eine konstitutionelle Demokratie einsetzte. Die SR hingegen verloren deutlich an Stimmen. In Moskau (und mit leichter Abweichung auch in Petrograd – heute wieder St. Petersburg) fanden die Wahlen für die verschiedenen Verwaltungsebenen im Juni, September und November 1917 statt. Bei annähernd gleicher Wahlbeteiligung sank in diesem Zeitraum die Zahl der Stimmen für die SR von rund 375.000 auf etwa 62.000. Die Stimmen für die Kadetten hingegen stiegen von etwas unter 110.000 auf fast 264.000, während die für die Bolschewiki sogar von 75.000 auf 366.000 kletterten.<sup>4</sup>

Also konnten die Bolschewiki in Anbetracht ihrer Wahlergebnisse, und das war der zweite Trend, für sich beanspruchen, auf der Seite der Geschichte zu stehen. Wie als Selbstvergewisserung stellten Lenins „Thesen zur Konstituierenden Versammlung“ klar heraus, dass er und die Mehrheit der Bolschewistenführer die Wahl zwar widerwillig zuließen, es jedoch nicht dulden würden, falls sich die Konstituierende Versammlung in irgendeiner Weise in die „Sowjetmacht“ einmischen sollte. Einem entsprechenden Versuch würde „auf revolutionäre Weise begegnet“.<sup>5</sup> Und so geschah es auch: Einen Tag nachdem die Konstituierende Versammlung das erste Mal zusammengetreten war, lösten die Bolschewiki sie auf.

Der Zeitpunkt der Wahl zur Konstituierenden Versammlung hat für einige Verwirrung gesorgt. Obwohl die Abgeordneten zur Konstituie-

renden Versammlung in den Wochen unmittelbar nach der Machtergreifung der Bolschewiki gewählt wurden, war es die Provisorische Regierung – und nicht die Bolschewiki –, welche deren Wahl genehmigte. Diese Abstimmung ist zu Recht als „eines der ersten Wahlverfahren der Geschichte mit allgemeinem Erwachsenenwahlrecht“ bezeichnet worden.<sup>6</sup> Es wäre jedoch falsch,<sup>7</sup> sie als Teil einer Gesamtstrategie der Bolschewiki zu charakterisieren, ihre wohlgehaltene Macht als allgemein legitimiert darzustellen. Dazu kam es erst später.

Vielmehr waren bei Wahlen, welche die Bolschewiki vor der Verabschiedung der „Stalin'schen“ Verfassung von 1936 durchführten, bestimmte Personengruppen systematisch unterrepräsentiert bzw. ohne Wahlrecht. So erkannte die Verfassung von 1918 ausdrücklich all denjenigen das Wahlrecht ab, „die andere zum Zweck des Profits anstellen“: den Kapitalisten, privaten Geschäftsleuten, „Mönchen und Priestern aller Konfessionen“, der zaristischen Polizei und ihren Agenten, den Mitgliedern der ehemaligen Herrscherfamilie und „Geistesgestörten oder Schwachsinnigen“.<sup>8</sup>

Ebenso waren Bauern systematisch unterrepräsentiert, wie in ähnlicher Weise schon bei den Wahlen zur Duma nach der Revolution 1905 und vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>9</sup> Sowohl die Russische Verfassung von 1918 wie auch die erste sowjetische Verfassung von 1924 statuierten, dass der Sowjetkongress sich aus „Vertretern der Stadtsowjets (je ein Deputierter auf 25.000 Wähler) und Vertretern der Gouvernement-Sowjetkongresse (je ein Deputierter auf 125.000 Einwohner)“ zusammensetzen solle.<sup>10</sup> Angesichts dieser expliziten Diskriminierung von Dorfbewohnern ist es wenig sinnvoll, diese insgesamt als Teil eines Elektorats zu betrachten, oder Wahlen, in denen sie wie Bürger zweiter Klasse behandelt wurden, als „Wahlverfahren mit allgemeinem Erwachsenenwahlrecht“<sup>11</sup> einzustufen. Vor 1936 war nur die städtische Arbeiterklasse voll wahlberechtigt; danach waren Bauern, die sogenannten „Kulaken“, bereits als Klasse liquidiert und die sogenannten kapitalistischen Ausbeuter größtenteils ermordet oder inhaftiert.

In den ersten Monaten nach der Machtergreifung der Bolschewiki, als Lenin dem Rat der Volkskommissare (Sownarkom) bei Versammlungen vorstand, war die allgemeine Arbeiterschaft begründet als Teil des Elektorats zu bezeichnen. Sicherlich waren die Arbeiter Nutznießer des neuen Regimes, und in Zeiten großer Not standen sie an der Spitze der Warteschlangen für Brot und andere Lebensmittel.<sup>12</sup> Auch bei der

Wahl zum Allrussischen Sowjetkongress, der das Zentrale Exekutivkomitee auswählte, das wiederum die Mitglieder des Sownarkom bestimmte, wurden sie ausdrücklich begünstigt. Doch schon bald verloren die russischen Arbeiter die ‚Waffe‘, mit der sich Arbeiter überall auf der Welt traditionell behaupten – unabhängige Gewerkschaften und das Recht zu streiken. Dadurch unterstanden sie ähnlich wie die Soldaten der Roten Armee der Disziplinierung und Mobilisierung durch das Regime. Dennoch könnte man für eine kurze Zeitspanne behaupten, dass die Stimmen der allgemeinen Arbeiterschaft insofern zählten, als der Sowjetkongress das Zentrale Exekutivkomitee und dieses den Sownarkom wählte. Diese Phase währte jedoch nur kurz: Waren im März 1918 nur etwas weniger als zwei Drittel des Sowjetkongresses Bolschewiki, so belief sich die Parteimitgliedschaft im Kongress Ende 1919 auf 97 Prozent. „Ausgenommen die kurze Phase vom 22. Dezember 1917 bis zum 15. März 1918, in der drei Linke Sozialrevolutionäre dem Sownarkom angehörten“,<sup>13</sup> bestand er ausschließlich aus Bolschewiki. Die Parteidisziplin hatte sich durchgesetzt mit vorhersehbaren Konsequenzen:<sup>14</sup> Die Abstimmung für den Allrussischen Sowjetkongress wurde zur reinen Routine und bloßen Gelegenheit für die Partei, die Bürger zu mobilisieren, während der Sownarkom bald zu dem Ort verkam, an dem Parteibeschlüsse ratifiziert wurden.

Von 1918 bis 1920 jedoch war der Sownarkom durchaus nicht unbedeutend, wenn auch alle wichtigen Entscheidungen vom Zentralkomitee der Partei gefällt wurden. Anfangs hatte er noch „erhebliche Autonomie in seiner täglichen Arbeit und konnte unter anderem eigenständig seine Mitglieder ernennen“.<sup>15</sup> Es kam zu heftigen Debatten über wichtige Themen wie etwa der Frage nach der Ratifizierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk und Entscheidungen über die Verbindungen zwischen Partei und Gewerkschaften. Erst mit der weiteren Entwicklung des Parteiapparats wurde der Sownarkom zu einem bloßen Verwaltungsorgan, dessen Aufgabe es war, die Beschlüsse des Politbüros umzusetzen. Verschiedene Faktoren hatten zu seinem Bedeutungsverlust geführt.

So setzte Lenin bei den nicht immer erfolgreichen Versuchen, seine Ziele durchzusetzen, Regierungs- und Parteiorgane strategisch ein. Nach seinem ersten Schlaganfall 1922 musste er jedoch seine Schlüsselrolle in Entscheidungsprozessen abgeben. Jakow Swerdlow hatte von Oktober/November 1917 bis zu seinem frühzeitigen Tod Anfang 1919

faktisch das Parteisekretariat dargestellt. Fainsod weist darauf hin, dass „er [Swerdlow] fast ohne Gehilfen [arbeitete], und ein vollständiges Verzeichnis seiner Transaktionen nur in seinem Kopf existierte“.<sup>16</sup>

Nach seinem Tod erweiterte sich der Parteiapparat rasant. Mit der Einrichtung des Organisationsbüros (Orgbüro) und dem raschen Anwachsen des Sekretariats wurde ein beträchtlicher Teil der entscheidenden Regierungskommissariate (später Ministerien) bald entweder vom Sekretariat, dem Orgbüro oder – in den wichtigsten Fällen – vom Politbüro besetzt. „Von April 1920 bis Februar 1921 besetzten diese zentralen Parteiorgane [das Politbüro, das Sekretariat und das Orgbüro] Berichten zufolge 1.715 Sownarkom-Positionen in Moskau.“<sup>17</sup> Zu diesem Zeitpunkt Anfang 1920 war Stalin das einzige Mitglied des Orgbüros, das auch Mitglied des Politbüros war. Im April 1922 wurde der Posten des Generalsekretärs geschaffen, den Stalin als Erster innehatte. Von da an war er der Einzige, der in allen drei Schlüsselgremien vertreten war: im Politbüro, im Sekretariat und im Organisationsbüro (Orgbüro). Ab 1923 erstellte das Orgbüro die berühmten Namenlisten für Verwaltungspositionen, die Nomenklatura.

In nur kurzer Zeit wurden also Institutionen der Legislative und der Exekutive, die möglicherweise der allgemeinen Arbeiterschaft das Elektorat hätte sichern können, von den beherrschenden Parteiinstitutionen an die Kette gelegt. Mit der Umsetzung des Kriegskommunismus wurden die Gewerkschaften größtenteils zu administrativen Organen. Die Disziplin in Sowjetkongressen, die fast ausschließlich aus Parteimitgliedern bestanden, nahm spätere gleichgeschaltete Parteitage vorweg, auf denen Einstimmigkeit herrschte. Ohne eine zentrale, dominante Figur wie Lenin entwickelte sich der Sownarkom zwar zum administrativen Arm der Partei, nicht aber zu einem Ort, an dem entscheidende inhaltliche Beschlüsse gefasst worden wären. Der Parteiapparat, bestehend aus Politbüro, Orgbüro und Sekretariat, kontrollierte die Besetzung von regionalen Parteipositionen und entscheidenden administrativen Posten in der Wirtschaft.

Zwar konnte man auch 1921 noch von einem Elektorat sprechen, jedoch war inzwischen die Parteimitgliedschaft und nicht mehr der Status als Arbeiter oder Werktätiger für die Teilhabe daran entscheidend. Zudem sollte sich das Elektorat im Laufe der 1920er-Jahre weiter verkleinern. Abgesehen von denjenigen, die von der Verfassung von 1918 ihres Wahlrechts beraubt und von der Tscheka<sup>18</sup> verfolgt worden waren,

waren auch die Arbeiter und Bauern zur Zeit des X. Parteitags im März 1921, sicher aber nach der Niederlage der Arbeiteropposition auf dem XI. Parteitag im März 1922, keine „Bürger“ mehr sondern bloß noch „Einwohner“, um mit Bueno de Mesquita, Smith, Siverson und Morrow zu sprechen.<sup>19</sup>

Innerhalb der Partei waren anfangs hitzige Debatten an der Tagesordnung. In den ersten Monaten nach der Machtergreifung verdeutlichten die Diskussionen in verschiedenen Foren der Bolschewiki über einen möglichen Friedensvertrag zwischen Deutschland, seinen Alliierten und Russland, der später als Brest-Litowsk Vertrag ratifiziert werden sollte, beispielhaft den anfänglichen Politikstil innerhalb der Partei. Zwar erlaubte dieser Vertrag Russland, aus dem Ersten Weltkrieg auszusteigen, doch das Land bezahlte dem ersten Anschein nach einen hohen Preis: „Durch diesen Vertrag verlor Russland 34 Prozent seiner Bevölkerung, 32 seines Agrarlandes, 85 Prozent seiner Zuckerrübenflächen, 54 Prozent seiner Industriebetriebe und 89 Prozent seiner Kohlebergwerke.“<sup>20</sup> Die Verluste waren jedoch nur von kurzer Dauer. Als Deutschland den Ersten Weltkrieg verlor, gelang es den Bolschewiki rasch, den Großteil des zaristischen Erbes, das es an Deutschland und seine Alliierten abgetreten hatte, zurückzugewinnen. Von weitaus größerer Tragweite war daher, dass der Friedensvertrag von Brest-Litowsk den Bolschewiki erlaubte, sich an der Macht zu halten.

Studierende und selbst manche Kollegen sehen mich mit leerem Blick an, wenn der Begriff Friedensvertrag von Brest-Litowsk fällt. Das ist bedauerlich, wenn man bedenkt, welche Rolle er für den Machterhalt der Bolschewiki spielte und wie vergleichsweise offen der Entscheidungsprozess war, der zu seiner Ratifizierung führte. In diesem Kapitel beschäftige ich mich nur am Rande mit den Besonderheiten des Vertrags, den durchaus faszinierenden Dimensionen der Verhandlungen und seiner Bedeutung für unser Verständnis der russischen Außenpolitik, die zu Beginn der Sowjetphase einerseits die Außenpolitik einer konventionellen Großmacht war, andererseits aber auch nicht.

Es geht hier vielmehr um die politischen Prozesse, mit denen die Bolschewiki die Unterzeichnung des Friedensvertrags erzielten. Diese Prozesse sind bereits ausführlich beschrieben worden<sup>21</sup> ebenso wie die regen Debatten, die vor allem unter den Bolschewiki im Hinblick auf die Verhandlungen mit den Deutschen in Brest-Litowsk stattfanden. Es lohnt sich jedoch, die Geschichte noch einmal detailliert aufzurollen –

nicht nur, weil es in diesen Diskussionen um etwas ging, das im wahren Sinne des Wortes eine Frage von Leben oder Tod für die Sowjetmacht war, sondern auch, weil nur ein relativ geringer Teil der jüngeren Forschung den krassen Gegensatz zwischen jenen Debatten und den Ereignissen der folgenden siebenzig Jahre berücksichtigt.

Historiker und Politologen haben gleichermaßen den Prozess des stetig kleiner werdenden Elektorats in den Jahren 1917 bis 1921 geschildert, der mit dem X. Parteitag im März 1921 seinen Höhepunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt wurde der berühmte Artikel 7 verabschiedet, der Fraktionen verbot und dazu führte, dass die herrschenden Bolschewiki jener engen konspirativen Partei der *Machtergreifung* ähnelten, die Lenin in *Was tun?* (1902) propagierte.<sup>22</sup> Im Folgenden geht es jedoch zunächst um etwas anderes; es geht um wechselnde Koalitionen, Rücktrittsdrohungen und tatsächliche Rücktritte, strategische Abstimmungen, gegensätzliche Ansichten und einseitige Rhetorik – Ereignisse also, die auch in Ländern mit sehr großer Wählerschaft als normale Politik gelten. So betrachtet sind die Beschlüsse, die im Friedensvertrag von Brest-Litowsk gipfelten, vergleichbar mit den Verfahren, an die sich gewöhnliche Oligarchien mit relativ kleinen Elektoraten halten. Die Bolschewiki agierten in dieser Zeit nach klaren Mehrheitsverhältnissen, grenzten allerdings die Zahl derer, die politisch zählten, stark ein. Dennoch wurde Lenin regelmäßig überstimmt und musste bei den meisten entscheidenden Abstimmungen mit seinem Ausscheiden drohen, um seinen Willen zu bekommen. Auch bei der wichtigsten Wahl, bei der es um die russische Ratifizierung des Vertrags ging, gelang es ihm nicht allein, eine Mehrheit unter den Mitgliedern des Zentralkomitees zu erzielen. Vielmehr setzte er sich nur durch, weil Trotzki und seine Koalitionspartner sich enthielten. Andere führende Parteimitglieder drohten ebenfalls mit Rücktritt, falls ihre Haltung nicht akzeptiert würde, und machten ihre Drohung wahr, als sie unterlagen.

Von dem Augenblick der Machtergreifung in Petrograd an wollten die Bolschewiki sich aus dem Krieg zurückziehen. Selbst wenn dabei ein gewisses Maß an politischem Schaulaufen im Spiel war, spricht es Bände, dass die Friedenserklärung das erste Gesetz der neuen Regierung war. Innerhalb weniger Wochen hatten sich die Deutschen und ihre Alliierten bereit erklärt, mit den Bolschewiki in Brest-Litowsk über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Beide Seiten vereinbarten, Vertreter zu Verhandlungen zu entsenden.<sup>23</sup> Von Anfang an lehnten es manche

Petrograder Kommunisten jedoch ab, Verträge mit „imperialistischen Staaten“ zu schließen.<sup>24</sup> Trotzdem einigte man sich nach einigen Verzögerungen Mitte Dezember 1917 auf einen Waffenstillstand, und die Verhandlungen über einen Friedensvertrag wurden am 20. Dezember aufgenommen.

Die Sowjets entschieden sich dafür, auf Zeit zu spielen, in der Hoffnung, eine Verbrüderung werde zu Unruhen auf deutscher Seite führen. Die Verhandlungen zogen sich hin, und die ersten ausgiebigen Diskussionen auf nationaler Entscheidungsebene fanden während einer informellen Sitzung der Parteiführung<sup>25</sup> am 21. Januar 1918 statt. Dabei, so bemerkte Lenin, „wurden drei Standpunkte vorgebracht: (1) die Unterzeichnung eines separaten Annexionsfriedens, (2) ein revolutionärer Krieg, (3) den Krieg für beendet zu erklären, die Armee zu demobilisieren, aber den Frieden nicht zu unterzeichnen.“<sup>26</sup> Lenin war ein starker Befürworter der ersten Option, Nikolai Bucharin, der damals zum linken Flügel der Bolschewiki gehörte, der zweiten Position und Trotzki der dritten, er befürwortete mit anderen Worten eine Beendigung des Krieges, ohne den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Sowohl Lenins als auch Trotzkis Standpunkte wurden von den Anwesenden abgelehnt: Nur 15 schlossen sich Lenins Position an, 16 Trotzkis und 32 Bucharins Aufruf zu einem revolutionären Krieg.

Die Folge war, dass das Zentralkomitee bei einem Treffen am nächsten Tag, dem 22. Januar, in einer Reihe von für den Sowjetrat verbindlichen Beschlüssen mit elf Stimmen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung entschied, sich nicht Bucharins Position anzuschließen, sondern mit zwölf zu einer Stimme für Lenins Empfehlung votierte, die Verhandlungen weiter hinauszuzögern. Entscheidend war die Abstimmung darüber, ob man Trotzkis „weder-Krieg-noch-Frieden“-Taktik übernehmen sollte. Hierfür stimmten die Mitglieder mit neun zu sieben Stimmen.<sup>27</sup> Die Verhandlungen wurden mit Trotzki als Vertreter für die sowjetische Seite wieder aufgenommen und gerieten erneut ins Stocken, bis Trotzki schließlich die Verhandlungen verließ und erklärte: „Wir gehen aus dem Krieg heraus, sehen uns aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines [von den Deutschen vorgeschlagenen] Friedensvertrages zu verzichten.“

Am 15. Februar 1918 kündigten die Deutschen daraufhin ein Ende des Waffenstillstands für den 17. Februar an und drangen rasch auf russisches Territorium vor. Sie trafen auf keinerlei Widerstand und rück-

ten mit erstaunlichem Tempo weiter vor. Inmitten des russischen Winters „legten [die Deutschen] in 124 Stunden 150 Meilen zurück“.<sup>28</sup>

Die Reaktion der russischen Führung ließ nicht lange auf sich warten. Das Zentralkomitee der Partei kam am 18. Februar zusammen. Wie Louis Fischer schreibt, „war dies kein Zeitpunkt für lange Debatten. Das war selbst den Russen klar.“<sup>29</sup> In einer Sitzung, in der die Befürworter und die Gegner jeder Position in fünfminütigen Redebeiträgen auf die Frage „Sollen wir den Deutschen telegrafieren und um Frieden bitten?“<sup>30</sup> zu antworten hatten, sprachen sich Lenin und Sinowjew für eine Annahme des Friedens aus. Trotzki und Bucharin lehnten dies ab. Lenin plädierte – realistisch wie immer – für die Kapitulation. Er verlor zunächst mit sechs zu sieben Stimmen.

Später am Abend trat das Zentralkomitee jedoch erneut zusammen. Nach einer erheblich längeren Diskussion – und nicht zuletzt als Reaktion auf die Kriegsereignisse des Tages – schloss sich Trotzki jetzt Lenin an. Das Votum lautete diesmal sieben zu sechs zugunsten eines Friedensgesuchs. Am selben Abend noch wurde der Rat der Volkskommissare einberufen, der zu diesem Zeitpunkt neben den Bolschewiki aus sieben Linken Sozialrevolutionären bestand. Die Linken SR waren jedoch nicht über das Ergebnis der Diskussionen unter den Bolschewiki in ihrem Zentralkomitee informiert. Vier der sieben Linken SR unterstützten die sieben Bolschewiki, die für eine Annahme stimmten, sodass sich Lenin mit elf zu neun durchsetzte.

Die Deutschen machten indes nicht halt. In ihrer Verzweiflung baten die Sowjets die westlichen Alliierten um Hilfe, und die Franzosen machten offenbar einige konkrete Zusagen. Am Abend des 22. Februar wurde eine weitere Sitzung des Zentralkomitees einberufen, in der diejenigen, die für die Annahme von Unterstützung waren, mit sechs zu fünf Bucharin und die anderen Befürworter eines „revolutionären Kriegs“ überstimmten. Lenin war bei dem Treffen nicht anwesend und votierte *in absentia*. „Bitte zählt meine Stimme *dafür*, Kartoffeln und Waffen von den anglo-französischen imperialistischen Räubern zu nehmen.“<sup>31</sup> Doch eine merkliche Unterstützung blieb aus. Die Russen hatten allein gegen die deutsche Armee zu kämpfen.

Erneut trat das Zentralkomitee der Partei am 23. Februar zusammen. Lenin drohte relativ explizit mit Rücktritt<sup>32</sup> und stellte sich ebenso entschieden gegen einen revolutionären Krieg (Trotzkis bevorzugte Position) wie gegen die revolutionären Phrasendrescher (als solchen stellte

er Bucharin dar). Auf die entscheidende Frage – „Sollen wir umgehend die deutschen Konditionen akzeptieren?“ – erhielt Lenin eine mehrheitlich positive Antwort von sieben zu vier bei vier Enthaltungen. Obwohl er anderer Meinung war, hatte sich Trotzki zusammen mit dreien seiner Anhänger (Dschersinski, Joffe und Krestinsky) enthalten, um Lenin bei dieser Wahl zu helfen. Sie hielten es für wichtiger, eine Abspaltung von Lenin in der Partei zu verhindern, als sich dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu widersetzen. Auch Lenin, so Schapiro, „sei um jeden Preis darauf bedacht gewesen, eine innerparteiliche Spaltung“ abzuwenden, und habe Stalin „zum Schweigen gebracht“, als dieser vorschlug, ein Rücktritt von „verantwortlichen Positionen solle als Austritt aus der Partei gelten“.<sup>33</sup> Diejenigen, die dagegen gestimmt hatten, hatten „ihren Rücktritt von allen verantwortlichen Posten an[geboten]“, sich aber das Recht vorbehalten, „innerhalb und außerhalb der Partei frei zu agitieren“. Später sollten sie ohnehin wieder von ihrer letzten Forderung Abstand nehmen,<sup>34</sup> um dem zu entsprechen, was Bueno de Mesquita u. a. als Loyalitätsnorm bezeichnet haben.<sup>35</sup>

An jenem Abend gab es daraufhin zusätzliche Abstimmungen durch das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee und den Petrograder Sowjet. Beide Sitzungen waren von einer gehässigen Rhetorik vonseiten der Linken Kommunisten und der Linken Sozialrevolutionäre gegen Lenin und seine Positionen geprägt. Karl Radek, ein führender Linker Kommunist, soll gesagt haben: „Wir wollen Frieden, aber keinen schmachvollen Frieden, keinen Frieden der Verräter und Streikbrecher.“<sup>36</sup> Alexandra Kollontai beschuldigte Lenin des „Opportunismus“ und der „Kompromisse mit dem Imperialismus“.<sup>37</sup> Die Schmähungen seitens der Linken SR fielen sogar noch schärfer aus, auch sie bezichtigten Lenin des Verrats. Letztlich setzte sich Lenin jedoch trotz hartnäckigen Widerstands durch. Wie schon in der entscheidenden sieben-zu-vier-zu-vier-Abstimmung des Zentralkomitees war er dabei aber erneut auf das strategische Verhalten anderer Bolschewiki angewiesen. Diesmal war es nicht Trotzki, sondern es waren die von Bucharin angeführten Linken Kommunisten, deren Strategie es ihm erlaubte, sich durchzusetzen. Sie entschieden sich dafür, den Saal zu verlassen, anstatt gegen ihn zu stimmen. Von denjenigen, die zur Abstimmung blieben, stimmten 116 für Lenins Position, 85 dagegen und 26 enthielten sich.

Obwohl die Russen erkannten, dass dies eine Zeit der Taten und nicht der Worte war, waren sie unterschiedlicher Ansicht darüber, wie

diese Taten aussehen sollten. Das Zentrale Exekutivkomitee beschloss am 26. Februar, örtliche Sowjets zur Entscheidung über Krieg und Frieden zu befragen. Im Dezember und Januar war der regionale Widerstand sowohl in den Sowjets als auch in den Parteikomitees relativ stark gewesen. Auch wenn sich dieser abschwächte, als die Deutschen Mitte Februar ihren Vormarsch fortsetzten, gab es noch immer Orte, wo der Widerstand sogar noch lange nach Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk am 3. März groß war. Vertreter der Linken, die den revolutionären Krieg befürworteten, konnten geltend machen, dass eine knappe Mehrheit von 105 der 200 befragten Sowjets sich hinter Bucharins Position gestellt hatte; darüber hinaus konnten sie argumentieren, dass die Befürworter eines revolutionären Kriegs vor allem in den Städten ansässig waren, während die Sowjets, die sich Lenins Position anschlossen, überwiegend aus Bauern bestanden. Daher rührte auch der Vorwurf, Lenin wolle nur die Bauern beschwichtigen.<sup>38</sup>

Nicht nur in Petrograd und Moskau war der Widerstand groß, auch die wichtigsten Städten im Norden wie Archangelsk und Murmansk und in der Wolgaregion hielten dagegen, insbesondere Saratow. Dort „beauftragten [die Sowjets] ihre Delegierten zum anstehenden IV. Allrussischen Sowjetkongress, [der vom 14. bis 16. März stattfinden sollte,] Widerstand gegen die Ratifizierung des Brest-Friedens zu leisten“.<sup>39</sup> Auch in Sibirien bestand selbst nach dem VII. (außerordentlichen) Parteitag (4. bis 6. März) und dem Sowjetkongress Mitte März weiter Widerstand. Am 22. März „weigerte sich das Exekutivkomitee des sibirischen Rats der Volkskommissare weiterhin, die [Ratifizierung des Vertrags] zu unterstützen, während, der sibirische Rat der Volkskommissare sogar erklärte, er befinde sich noch immer im Kriegszustand mit der Zentralmacht“.<sup>40</sup>

Auf nationaler Führungsebene spielte sich die Debatte über die Ratifizierung zunächst auf dem VII. Parteitag und daraufhin in Moskau auf dem Sowjetkongress ab. Die schärfste Kluft bestand zwischen Lenin und Bucharin, ihre Standpunkte waren im Wesentlichen jedoch ein Aufguss der Debatten von Ende Februar. Neu war hingegen, dass das Parteikomitee von Petrograd Stadt und das Regionalkomitee von Petrograd während des VII. Parteitags eine Tageszeitung namens *Kommunist* veröffentlichte, die von Bucharin, Radek und Uritzky – alles Linke Kommunisten – herausgegeben wurde und sich „der populären Agitation zum revolutionären Krieg“ verschrieben hatte.<sup>41</sup> Sie erschien erstmals

am 5. März. Zwei Tage darauf wurden die Linken Kommunisten auf einer Petrograder Parteikonferenz dafür kritisiert, eine „unabhängige organisatorische Existenz“<sup>42</sup> zu führen; der *Kommunist* verfolge eine „Spaltungstaktik“<sup>43</sup>. Er wurde eingestellt, erschien jedoch im April neu als Wochenzeitung, diesmal mit Bucharin, Radek, W. W. Obolenski und W. M. Smirnow als leitenden Redakteuren. In dieser Ausgabe war die Agitation für den „revolutionäre[n] Krieg komplett fallengelassen worden“. An deren Stelle traten Diskussionen darüber, welche innenpolitischen Maßnahmen zu ergreifen seien angesichts der „Kapitulation“ gegenüber den Deutschen und der Kapitulation gegenüber „den weniger entwickelten und am wenigsten revolutionären Teilen des Proletariats und der Bauern“.<sup>44</sup>

Tatsächlich war der Handlungsspielraum aller Mitglieder des Zentralkomitees äußerst begrenzt. Lenin versuchte, seinen Sieg mit der Vermeidung einer innerparteilichen Spaltung zu koppeln. Bucharin trat zurück und organisierte einen Aufruf zum revolutionären Krieg, verhielt sich jedoch so, dass Lenin seinen Willen durchsetzen konnte, als die Entscheidung den Sowjetkongress erreichte. Trotzki ging, wie wir gesehen haben, bei seinen Stimmabgaben zur entscheidenden Frage innerhalb des Zentralkomitees höchst strategisch vor. Seine Begründung dafür, weshalb er Bucharins Aufruf zum revolutionären Krieg nicht folgen könne, ist bezeichnend: „Ein revolutionärer Krieg hätte eine Spaltung der Partei bedeutet“, schlussfolgert Fischer. Er zitiert Trotzki: „Es ist unmöglich, einen Krieg gegen die Deutschen und gegen unsere *Bourgeoisie* zu führen ..., wenn man die halbe oder mehr als die halbe Partei unter Führung von Lenin gegen sich hat.“<sup>45</sup> Pipes zufolge machte Lenin klar, dass Friede für Trotzki nichts anderes war als „eine Atempause für den Krieg“.<sup>46</sup> Letztlich verschoben sich die Standpunkte aufgrund der Entwicklungen auf russischem Boden aber klar in Richtung Frieden: Während die deutsche Armee weiter vorrückte, wurde die Alternative eines revolutionären Kriegs immer weniger attraktiv und die Notwendigkeit einer Kapitulation immer deutlicher.

Deshalb waren die Linken Kommunisten auf dem VII. Parteitag entschieden in der Minderheit. Der Parteitag votierte 28 zu 9 für Lenins Position bei einer Enthaltung. Um Anschuldigungen zuvorkommen, er habe seinen revolutionären Eifer verloren, „hatte Lenin daraufhin den Parteitag gebeten, eine geheime Resolution zu verabschieden, die auf unbestimmte Zeit nicht zu veröffentlicht werden brauchte und die

dem Zentralkomitee ‚jederzeit die Befugnis [gab], alle Friedensverträge mit imperialistischen und bürgerlichen Regierungen zu annullieren und ihnen in gleicher Weise den Krieg zu erklären.‘“<sup>47</sup>

Der Sowjetkongress trat schließlich in der Nacht vom 16. auf den 17. März zusammen und handelte. In der Vorwahl vor dem Parteitag lautete das Abstimmungsergebnis 453 zu 36 bei 8 Enthaltungen gegen die Position der Linken Kommunisten.<sup>48</sup> Vom Parteitag insgesamt wurde der Friedensvertrag mit 784 Stimmen bei 261 Gegenstimmen und den Enthaltungen der Linken Kommunisten mit großer Mehrheit angenommen.<sup>49</sup> Die Entscheidung des Sowjetkongresses gab den vorangegangenen Maßnahmen von Partei und Staatsorganen insofern den Firnis der Legitimität, als es sich um ein gesamtrussisches Gremium handelte, das mit überwältigender Mehrheit für eine Ratifizierung votiert hatte (siehe Tabelle 1.1).

Die Beurteilung des Ratifizierungsprozesses fällt aus der Rückschau leichter, wissen wir doch, was sich bald ereignen sollte. Das politische System wurde innerhalb weniger Jahre, und in einigen wesentlichen Punkten sogar innerhalb weniger Monate, immer restriktiver. Vor dem Hintergrund der späteren sowjetischen Politik sind verschiedene Aspekte des Entscheidungsprozesses besonders hervorzuheben.

Interessant ist erstens, dass es als wünschenswert erachtet wurde, die regionalen Sowjets zu einem Thema von so überragender Bedeutung wie der Ratifizierung des Friedensvertrags zu konsultieren. Dies lag zum einen an der großen Bedeutung staatlicher Instanzen gegenüber

| Datum (alle 1918)    | dafür | dagegen | Enthaltungen                         |
|----------------------|-------|---------|--------------------------------------|
| 21. Januar           | 15    | 32      | 16                                   |
| 22. Januar           | 7     | 9       | –                                    |
| 18. Februar tagsüber | 6     | 7       | –                                    |
| 18. Februar abends   | 7     | 6       | –                                    |
| 23. Februar          | 7     | 4       | 4                                    |
| 7. März              | 30    | 12      | 4                                    |
| 16. März             | 784   | 261     | Linke Kommunisten<br>enthielten sich |

Tabelle 1.1<sup>50</sup>. Entscheidende Abstimmungen (alle 1918) der bolschewistischen Führung über den Friedensvertrag von Brest-Litowsk: Stimmen für Lenins Position, Stimmen gegen Lenins Position (für den revolutionären Krieg) und Enthaltungen (weder Krieg noch Frieden)

Parteiinstanzen zu dieser Zeit und zum anderen an der Tatsache, dass regionale Standpunkte bei wichtigen Beschlüssen der Außenpolitik 1918 durchaus Gewicht hatten.

Zweitens ist es aufschlussreich, wie Lenin, der von allen als Bolschewistenführer betrachtet wurde, in Bezug auf Trotzki und die Mitglieder des Zentralkomitees agierte, die sich gegen eine Annahme der deutschen Bedingungen gewehrt hatten. Er sah sich außerstande, seinen Willen durchzusetzen, ohne eine unwiederbringliche Spaltung der inzwischen regierenden Koalition zu riskieren.

So berichtet erneut Wheeler-Bennett, Lenin sei überzeugt gewesen, Trozki's „Weder Krieg noch Frieden“-Politik wäre zum Scheitern verurteilt, doch ohne „einen zweiten *Staatsstreich* und eine Spaltung der Partei, von der sie sich vielleicht nie erholt hätte, gelang es ihm nicht, seine Ansichten unter seinen Kollegen durchzusetzen. Er war bereit, Trozki's Strategie auszutesten. ‚Wir [soll Lenin gesagt haben] riskieren nur, Estland oder Livland [das nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs in Lettland und Estland geteilt war] zu verlieren, und ein guter Friede mit Trozki‘, so fügte Lenin schmunzelnd hinzu, ‚ist uns den Verlust von Livland und Estland allemal wert.“<sup>51</sup>

Selbst Pipes, dessen Urteil über Lenin häufig vernichtend ausfällt,<sup>52</sup> schreibt, dieser habe zwar bekommen, was er wollte, doch dafür „flehte er Trotzki und die Linken Kommunisten an, ihren Rücktritt erst dann wahrzumachen, wenn die russische Delegation aus Brest zurückgekommen sei“; er legte „brillante Führungsqualitäten an den Tag, mal schmeichelte er seinen Anhängern, dann wieder redete er ihnen gut zu und verlor weder die Geduld noch die Entschlossenheit“.<sup>53</sup>

Drittens hatten die Linken Kommunisten eine „unabhängige Organisationsstruktur“, um ihre Positionen zu stützen, und nutzten diese für kurze Zeit, um ihre Ansichten darzulegen – anfänglich vor allem jene zum „revolutionären Krieg“. Selbst nachdem Partei- und Sowjetkongress der Entscheidung des Zentralkomitees zugestimmt hatten, den Vertrag zu ratifizieren, waren die Linken Kommunisten noch für kurze Zeit weiter imstande, ein Wochenmagazin zu publizieren, das ihre Grundüberlegungen zu einer Reihe von Maßnahmen darlegte, die geeignet waren, ihre Innenpolitik angesichts der veränderten äußeren Rahmenbedingungen umzusetzen. Wenn man bedenkt, was sich in den folgenden Monaten herausstellte und wie nicht-bolschewistische sozialistische Parteien bereits zu dieser Zeit behandelt wurden, ist Fainsods